

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

22 (26.1.1922)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 13 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 12 M.; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abolagen abgeholt 11 M. monatlich. — Einzelnummern 50 s. Ausgabe: Werktag mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luitpoldstr. 24. Fernsprecher: 6.50 M.; Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 220 M. Die Restameile bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Eine Milliarde Goldmark Zwangsanleihe

Kompromiß unter den Koalitionsparteien — Man rechnet mit der Annahme desselben

21. Berlin, 26. Jan. Die für gestern nachmittags 5 Uhr anberaumten gemeinsamen Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler, dem Zentrum, den Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei und der bayerischen Volkspartei haben zu einer Verständigung über den ganzen Komplex der Steuerfragen geführt, und zwar auf folgender Grundlage:

1. Die Frage der Wertermittlung beim Grundbesitz wird auf Wunsch der Sozialdemokraten aus dem Kompromiß ausgeschlossen und durch Abstimmung im Reichstag erledigt.

2. Die Nachkriegssteuer, sowie die Erhebung der letzten beiden Drittel des Reichsnotopfers fallen weg.

3. Die Zuschläge zur Vermögenssteuer werden an Stelle der ursprünglich vorgesehene 300 Prozent nur mit 200 Prozent erhoben und die Staffeln der Vermögenssteuer auf der mittleren Linie zwischen der ursprünglichen Regierungsvorlage und dem Kommissionsbeschluss festgelegt.

4. Der Reichskanzler verpflichtet sich zu einer unverzüglichen zehntägigen Neuverteilung aller Steuererträge, insbesondere der der Erwerbsteuer.

5. Die Parteien stimmen der Erhebung einer Zwangsanleihe bis zur Höhe von einer Milliarde Goldmark zu. Diese Anleihe soll von vornherein mit einem niedrigen Zinssatz vergütet sein und ebenso wie alle anderen Staatspapiere gehandelt werden. Die Erhebung dieser Zwangsanleihe soll zum Inkrafttreten der neuen Vermögensveranlagung auf Grund der Veranlagung zum Reichsnotopfer erfolgen. Außerdem werden alle Garantien gegeben, daß der Ertrag der Anleihe nur zum Zwecke des wirtschaftlichen Wiederaufbaus verwendet wird.

Diese Beschlüsse werden von den Vertretern ihrer Fraktionen vorgelegt, deren Entscheidung heute vormittags 10 Uhr zu erfolgen hat. In parlamentarischen Kreisen rechnet man, soweit sich die Lage kurzzeitig übersehen läßt, mit der allgemeinen Annahme des Kompromisses.

Zusammentritt der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten

21. Berlin, 26. Jan. (Volant.) Nach Schluß der interfraktionellen Verhandlungen traten gestern abend die Fraktionen der Deutschen Volkspartei und der Mehrheitssozialisten zusammen. Die Volksparteiliche Fraktion nahm nur den Bericht ihrer Vertreter bei den Verhandlungen entgegen. Sie wird erst heute vormittags zum Kompromiß endgültig Stellung nehmen.

Die Mehrheitssozialdemokraten befaßten sich ebenfalls mit dem Kompromiß; sie gaben ihre Zustimmung. Jedoch wünscht die Fraktion einige kleine Änderungen, wie z. B., daß die Anleihe die ersten 5 Jahre unverzinstlich bleibt. Auch der Gehalt der Erweiterung der Koalition wird besprochen, findet jedoch

troh der gemeinsamen Kompromißbasis bei den Mehrheitssozialisten im gegenwärtigen Augenblick noch sehr erheblichen Widerstand.

Preffestimmen

21. Berlin, 26. Jan. Im „Volksanzeiger“ heißt es: Wenn eine Milliarde Gold auf dem Wege der Zwangsanleihe von Industrie und Landwirtschaft erpreßt werden soll und vielleicht noch in den nächsten Wochen mehr, so kann man bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge von unbedingt notwendigem Betriebskapital für den Reichsbund nur durch den allergeringsten Verzichtungen für die Zukunft hingehen.

Die „Germania“ sagt: Die Zwangsanleihe soll besonders deshalb niedrig verzinst werden, um den Anleihegebern die Möglichkeit zu lassen, ihr Geld durch Anleihen aufzunehmen. Der Reichskanzler wird die Erklärung abgeben, daß sämtliche Steuererträge mit ihren Zinsen daraufhin nachträglich werden sollen, ob und wie weit die heutigen Steuererträge der heutigen Geldentwertung noch entsprechen.

Die „Völkzeitung“ sagt: Immer vorausgesetzt, daß trotz aller Zustimmung am letzten Augenblick noch Schwierigkeiten entstehen, darf man annehmen, daß nicht nur das Kompromiß geschloffen, sondern auch die große Koalition geschlossen ist.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die Entscheidung über das Steuerkompromiß auf Grund der Zwangsanleihe wird heute morgen fallen. Die Deutsche Volkspartei erhofft aber, daß die Ministerien nur durch anerkannte Sachleute ersetzt werden.

Die „Freiheit“ erklärt, daß die Unabhängigen der Meinung sind, daß die Regelung keine endgültige sein könne. Es wird sich bald die Notwendigkeit zeigen, die Wege zu geben, die wir fordern, nämlich die Erfassung der Sachwerte, die Neuverteilung der Steuererträge und der Steuerveranlagung, damit der Besitz sich nicht seiner Wertpflanzung entziehen kann. Das Manuskript dann die Erklärung der Zentrumspartei und der Reichstagsfraktion der Unabhängigen zum Kompromiß wieder, wonach der Kompromißvorschlag der Unabhängigen einstimmig abgelehnt wird. An dieser Gelegenheit war neben dem prinzipiellen Standpunkt entschieden, daß die Zwangsanleihe unter den vorerwähnten Voraussetzungen in keiner Weise geeignet ist, eine Sanierung der Reichsfinanzen und damit einen Stillstand der Notensprelle herbeizuführen.

Besprechung über die Antwort an die Reparationskommission

Berlin, 26. Jan. Wie die Blätter melden, wird das Reichskabinett heute vormittags zu einer Besprechung über die Antwort an die Reparationskommission zusammentreten. Die Antwort soll übrigens so weit fertiggestellt sein, daß übrigens nur noch die Punkte ergänzt werden brauchen, deren endgültige Formulierung vor dem Zustandekommen des neuen Kompromisses nicht möglich war.

Wie der „Berliner Volksanzeiger“ hört, wird die Antwort an die Reparationskommission im Laufe des heutigen Tages an die Reparationskommission übermittelt werden.

Kongress für Rußlandhilfe

Ein erschreckender Bericht Nanens. — 15 Millionen Menschen rettungslos dem Hungertode verfallen.

21. Genf, 25. Jan. Die erste Konferenz des internationalen Komitees für Rußlandhilfe wählte nach einer Begrüßungsansprache des Präsidenten des internationalen Roten Kreuzes, Ador, den Vertreter der schwedischen Regierung und des schwedischen Roten Kreuzes, Godekrantz, zu Vorsitzenden und den schweizerischen Regierung und Rotkreuzvertreter Temel Girtsa zum 2. Vorsitzenden. — Nach einem ausführlichen Bericht des Oberkommissars Nanens über die Lage und die Hilfsmittel in den russischen Hungergebieten und verschiedenen Berichten über die finanzielle Lage des Komitees und die sanitären Verhältnisse in Rußland sprach die Konferenz einstimmig Nanens ihr Vertrauen für seine bisherige und weitere Tätigkeit aus. Hierauf wurden die einzelnen Verhandlungsgegenstände verschiedenen Ausschüssen zur Vorbereitung überwiesen.

21. Genf, 25. Jan. In seinen heutigen Ausführungen auf der Konferenz des internationalen Komitees für Rußlandhilfe schilderte Nanens in erschreckender Weise die furchtbare Hungersnot in Rußland, die unauflöslich weiter um sich greift und nunmehr ein von fast 15 Millionen Menschen bewohntes Gebiet umfasse. 10 Millionen sind unmittelbar dem Tode verfallen, davon 15 Millionen lebensfähig rettungslos dem Tode verfallen. Es war ein tief erster Augenblick, als Nanens erklärte, daß man alle diese Menschen hätte retten können, wenn sein Appell im September letzten Jahres gehört worden wäre. Wollte man aber diejenigen, denen noch zu helfen sei, nicht ebenfalls umkommen lassen, so müßten die Regierungen jetzt eingreifen und keinen Tag mehr verlieren. Nanens hob den guten Willen und die Ehrlichkeit der russischen Behörden hervor und protestierte auf das schärfste gegen den unmenschlichen von Helfern aus organisierten Lügenfeldzug in die westliche Presse, der dort die Hilfsbereitschaft nehme und damit ungegährt Menschenleben fordere. Die Nahrungsmitteltransporte lämen unversehrt an ihren Bestimmungsort, und nur die zerrütteten Verkehrsverhältnisse in Rußland seien daran Schuld, wenn die Lebensmittel nur langsam und nur in bestimmte Gebiete gelangen können. Da für Transportzwecke nur drei Eisenbahnlinien in Betracht kommen, könne in 4 Monaten nur etwa ein Drittel der bedürftigen Bevölkerung erreicht werden. So entspann sich auf der Konferenz eine kurze Debatte darüber, ob

man zuerst die Kinder oder die für die Landarbeit notwendigen Erwachsenen vom Hungertode retten solle. Nanens ist der Ansicht, daß man sich zunächst darauf beschränken müsse, bestimmte Gebiete, die alle vollständig zu ernähren, damit sie wenigstens der Zukunft erhalten und nützlichbringend für die Gesamtheit werden können.

Wie aus dem Finanzbericht, der hierauf erlassen wurde, ersichtlich ist, sind außer gewissen Naturalleistungen bisher für die Ziele Nanens in den einzelnen Ländern etwa 28 Millionen Goldmark aufgebracht worden, die aber fast aufgebraucht sein werden, sobald eine tiefergehende Finanzhilfe notwendig ist. Die größte Hilfsbereitschaft hat bis jetzt Amerika entfaltet. Deutschland, dessen Bemühungen Nanens wiederholt erwähnte, hat bis jetzt etwa 7 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Unter großer Aufmerksamkeit sprach endlich der Vertreter des russischen Roten Kreuzes, Bogotoff, dem Oberkommissar Nanens in bewegten Worten den unaussprechlichen Dank des russischen Volkes aus. — Am Abend hielt Nanens einen öffentlichen Vortrag über die Tragödie des hungerleidenden russischen Volkes.

Beendigung des sächsischen Eisenbahnerstreiks

21. Dresden, 25. Jan. Die Eisenbahner haben nachmittags beschlossen, die Arbeit morgen früh wieder aufzunehmen.

Theaterbrand in Dessau

21. Dessau, 25. Jan. 140 Uhr nachm. Das Friedrichs-Theater, das frühere Hoftheater, steht seit einer Viertelstunde auf dem Schuttberge am Vormittag zur Ansprache, als eine Probe zu „Sines und sein Ding“ stattfand. Das Feuer hat die angrenzenden Kammerlei und ein großes Geschäftshaus ergriffen und bedroht weitere Gebäude. — Außer der Kammerleierin Frau Dertina, die auf der Treppe des zerstörten Theaters tot aufgefunden wurde, wird ein Feuertote benannt. Die Arbeiter sind durch die Kälte erschwert; das Wasser gefriert in den Schläuchen.

Die Zwangsanleihe muß kommen

Aus Berlin, 25. Januar, wird uns geschrieben:

Erst am Sonntag wurde man sich in Berlin — infolge einer alarmierenden Notiz des „Vorwärts“ — dessen bewusst, daß die Steuerfrage in ein Stadium getreten ist, das für das Kabinett Wirth eine ernste Lebensgefahr bedeutet. Die allernächsten Tage müssen Klarheit darüber bringen, ob die Verständigung über die Steuern zustande kommt, und Wirth bleibt, oder ob sie scheitert, und Wirth infolgedessen fällt.

Die zweite Möglichkeit wird gewiß niemand leicht nehmen. Aber es muß doch ausgebrochen werden, daß der Reichskanzler an der schwierigen Lage nicht ganz unschuldig ist. Er, der früher selber Reichsfinanzminister war, hat als Reichskanzler noch das Ministerium des Auswärtigen übernommen, das Reichsfinanzministerium aber hat er seinem Parteigenossen Hermes überlassen, dem die Qualität zum Führer auch dann fehlen würde, wenn er sein neues Amt nicht schon mit einem schweren Mißtrauen der Sozialdemokraten aus seiner Tätigkeit als Ernährungsminister belastet, übernommen hätte. Infolgedessen fehlte in der ganzen verwickelten Angelegenheit der Klare, führende Wille der Regierung, und alles oder doch das Wichtigste wurde auf die lange Bank der Verhandlungen von Partei zu Partei geschoben. Hätte Wirth sich für die Steuerfragen dauernd interessiert, hätte er bei den bürgerlichen Parteien mit dem ganzen Einsatz seiner Autorität sowie an Besitzsternern herausgeholt, wie nötig ist, um den Sozialdemokraten die Annahme der Verbrauchssteuern möglich zu machen, so wäre uns die augenblickliche schwierige Lage erspart geblieben.

Daß der Sturz der Regierung Wirth aber unter den gegenwärtigen Umständen für Deutschland eine schwere Gefahr wäre, darüber ist man sich wohl in allen politischen Kreisen klar. Darüber in Frankreich hat Herr Poincaré sein Amt als Ministerpräsident unter den allerhöchsten Umständen angetreten. Das Echo, das seine Regierungserklärung in der Presse der ganzen Welt fand, war sehr unfreundlich, und die Antwort, die ihm Lloyd George erteilte, zeigt die Tiefe der Gegensätze zwischen dem heutigen England und dem heutigen Frankreich. Herr Poincaré würde die Nachricht von dem Sturz der Regierung Wirth mit einem Auf der Erleichterung begrüßen, und er würde einen Freudenstreich ausstoßen, wenn ihr die Nachricht folgte, daß in Deutschland eine Regierung Stresemann oder so etwas ähnliches gebildet worden sei.

Eine Regierung Stresemann oder etwas ähnliches würde selbstverständlich die schärfste Opposition von Seiten der Sozialdemokraten finden. Eine zweite Episode Fehrenbach kann es nicht geben. Eine Regierung der Mitte aber, die sich gegen die gesamte sozialistische Linke behaupten soll, braucht unter allen Umständen die tatkräftige Unterstützung der Deutschnationalen. Die Regierung Wirths Nachfolger wäre dann das deutsche Gegenstück zur Regierung Poincaré, und sie würde auf nicht geringere Antipathie, sondern auf noch viel größere stoßen, als diese. Was wir jetzt im Urteil der Welt vor Frankreich voraus haben, wäre verloren, der Ring des Völkervertrages gegen uns wäre aufs neue zusammengeschmiedet, der Gewaltpolitik gegen uns wären die Türen aufgestoßen, Poincaré Triumphator!

Man darf annehmen, daß man sich auch bei den bürgerlichen Parteien über diese Konsequenzen klar ist. Selbst für Herrn Stresemann dürfte unter den gegebenen Umständen das Ziel, eine Regierung mit Selbstverleugung und Westwärts Unterstützung zu bilden, wenig begehrenswert sein. Zentrum und Demokraten gerieten in die unheilvollste Lage.

Darum hofft man in sozialdemokratischen Kreisen noch immer, daß sich die bürgerlichen Parteien den sozialdemokratischen Forderungen hinsichtlich der Belastung des Reiches nicht verschließen werden. Im Augenblick steht die Frage der Zwangsanleihe im Vordergrund der Erörterung. Auch die Zwangsanleihe ist zweifellos eine Form der „Erfassung der Sachwerte“, denn durch die Zwangsanleihe werden die Besitzenden gezwungen, dem Reich einen Teil ihres Besitzes unter Bedingungen auszuliefern, unter denen sie ihn freiwillig niemals hergegeben haben würden. Das eben ist der Sinn der Zwangsanleihe, daß der Staat nicht fragt: „Willst du mir borgen?“ sondern daß er den Besitzenden sagt: „Nimm ich dir borgen unter Bedingungen, die ich selber vorschreibe!“

Tatsächlich wird die Erfassung der Sachwerte kommen, zunächst in der Form der Zwangsanleihe. In der Londoner Verhandlung zwischen Lloyd George und Briand war vereinbart worden, von Deutschland die Deckung seines außerordentlichen Budgets durch eine innere Anleihe zu verlangen. Eine innere Anleihe kann unter den gegebenen Umständen nur zweierlei werden: entweder ein schamloses Wuchergeschäft der Reichen, wobei diese die Notlage des Staates dazu benützen, um unerhörte Bedingungen herauszuwerfen, oder eine Zwangsanleihe. Selbst

die wir aber doch bitten möchten, hinsichtlich etwas sorgfältiger und gewissenhafter zu sein, damit derartige „Mißverständnisse“ sich nicht wieder ereignen!

Aus der Partei

- Wahlkreis Karlsruhe — Bildungsvorläufe**
- Wahlkreis 27. Jan. abends 8 Uhr, im „Matthausaal“.** Thema: „Arbeiterversicherung“, Referent: Arbeitersekretär Gen. Erb, Karlsruhe.
- Wahlkreis 28. Jan. abends 8 Uhr, im „Grünen Hof“.** Thema: „Grüner Programm“, Referent: Parteisekretär Gen. Trinks, Karlsruhe.
- Wahlkreis 29. Jan. abends 8 Uhr, im „Grünen Hof“.** Thema: „Arbeiterversicherung“, Referent: Gen. Erb, Karlsruhe.
- Wahlkreis 30. Jan. abends 8 Uhr, im „Ramm“.** Thema: „Der Bauernkrieg“, Referent: Sekretär Gen. Eien, Karlsruhe.
- Wahlkreis 31. Jan. abends 8 Uhr, im „Ramm“.** Thema: „Die neue Gemeindeordnung“, Referent: Gen. Landtagsabgeordneter Kurz, Grötzingen.
- Wahlkreis 1. Febr. abends 8 Uhr, im „Ramm“.** Thema: „Das bürgerliche Programm“, Referent: Gen. Falaggraff, Karlsruhe.
- Wahlkreis 2. Febr. abends 8 Uhr, im „Ramm“.** Thema: „Die bürgerliche Verfassung“, Referent: Genosse Dr. Nordmann, Karlsruhe.
- Wahlkreis 3. Febr. abends 8 Uhr, im „Ramm“.** Thema: „Gemeindepolitik“, Referent: Genosse Eichenhauer, Rönigsbach.
- Wahlkreis 4. Febr. abends 8 Uhr, im „Ramm“.** Thema: „Gemeindepolitik“, Ref.: Gen. Eichenhauer, Rönigsbach.
- Wahlkreis 5. Febr. abends 8 Uhr, im „Ramm“.** Thema: „Sozialversicherungsfragen“, Referent: Genosse Landtagsabgeordneter Kopp, Karlsruhe.
- Wahlkreis 6. Febr. abends 8 Uhr, im „Ramm“.** Thema: „Kommunistische Revolution 1789“, Referent: Genosse Sekretär Eichenhauer, Rönigsbach.
- Wahlkreis 7. Febr. abends 8 Uhr, im „Ramm“.** Thema: „Das bürgerliche Programm“, Referent: Gen. Parteisekretär Trinks, Karlsruhe.

Das Parteisekretariat: Oscar Trinks.

Sozialvereinsabend. Samstag, 25. Jan., abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zur Hockburg die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt. Nach der Versammlung wird Genosse Schäfer einen Vortrag über Gemeindepolitik halten. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen.

Jugend und Sport

Was bringt der Arbeiter-Fußballsport am nächsten Sonntag

- Sonderklasse, Gruppe 1: Kuppert — Fr. A. Karlsruhe, Durlach, Gaggenau (2 Uhr).**
- Sonderklasse, Gruppe 2: Grötzingen — Grötzingen, Kleinheubach, Büdingen, Büdingen — Stein.**
- Klasse A, Gruppe 3: Weierheim — Weierheim, Kallmünz — Kallmünz, Weierheim — Weierheim.**
- Klasse B, Gruppe 4: Au a. Rh. — Weierheim, Weierheim, Weierheim.**

Der Entschiedenheitspiel um die Bezirksmeisterschaft der beiden Sonderklassen ist voraussichtlich am Sonntag den 12. Febr. in Durlach (Hockburg) zu spielen. Inzwischen sind die Spiele der Sonderklasse und der Klasse A am Sonntag, 26. Febr. abends 8 Uhr, in Karlsruhe (Gumbertushalle) zu erwarten. — Am Sonntag den 12. Febr. morgens 9 Uhr, im Ramm in Durlach haben sämtliche Weierheimer 1., 2., 3. und 4. Mannschaften durch den Spielführer und Spielführer vertreten zu sein. Besprechung der weiteren Spiele.

Der Herr Oberst. Was geht das mich an? Da sprach der Oberst: Es ist Euer Offizier, aus der Kaiserliche von Sankt Gallen, hat's die Name zu uns getragen. Der Herr Oberst hat lachend dazu gesagt: Wie kann der lachen, der nicht einmal erzählen kann? Die Herzogin war aufgewandert. Schreie! Sprich sie, ich will nichts davon wissen. Der Oberst lachte das Sprich ihrer Hand und ging betört von dannen. Frau Hedwigs Herz aber dachte anders, als ihre Zunge sprach. Sie trat an des Gärtners Mauerwehr und schaute hinüber nach den helvetischen Bergen. Zämmernung war eingebrochen, schwerfällige lange schlagraue Wollensketten standen unbeweglich über dem Abendrot, wie darauf genagelt, das zitterte und flammte wehmütig drunter vor. Im Rinnen und Zerrinnen des letzten Tagesstrahls ward auch ihr Denken weid. Ihr Auge blieb drüben auf dem Sankt Gallen, — es war ihr, als hätte sie eine Erscheinung, als läte sich der Himmel auf und seine Engel kämen durch die Lüfte gefahren und senkten sich hernieder zu jenen Bergen und drückten einen Mann getragen im wohlbekannten Rindsgewand — und der Mann war Hof und tot und ein Lichtglanz, schön und laut, umschwebte das lustige Gesicht.

Der Herr Oberst war nicht gestorben. Ein fischerleiser Ton drückte die Herzogin auf, ihr Auge streifte an dem Felsabhang vorbei, über den er mit der Befangenheit entronnen, eine dunkle Gestalt ersahend im Schatten, ein Pfeil kam über Frau Hedwigs Haupt geflogen und sank langsam zu ihren Füßen nieder. Sie hob das wunderliche Gesicht auf. Nicht Feindeshand hatte es dem Vagen erschreckt, keine Plätter Vergewaltigt waren um den Schatz gerunden, die Spitze umhüllt mit einem Kranz aus Wiesenblumen. Sie löste die Blätter und kannte die Schrift. Es war das Wappenschild. Auf dem ersten Wall stand mit bloßen Füßen geschicklich. Der Herr Oberst von Sankt Gallen ein Wappenschild und daher fand der Spruch des Wappenschildes: Selig der Mann, der die Prüfung bestanden hat. Da neigte die stolze Frau ihr Haupt und weinte bitterlich. (Schluß folgt.)

Die politische Aussprache im Landtag

an Karlsruhe, 25. Januar. Steuerfragen der Besitzenden.

Der heutigen Vormittagsitzung der Aussprache im Landtag drückte die unmissend angelegte Rede des Abg. Gen. Strobel den Stempel auf. Stark die Steuerfragen der Besitzenden eingehend und nachdrücklich die Forderung erhebend, daß Weltmarktpreise auch Weltmarktlöhne bedingen, forderte der sozialdemokratische Redner, dessen Ausführungen durch Zitate aus deutschnationalen Wahlflugblättern sehr lebendig gestaltet wurden, vor allem Demokratisierung der Schulen und Ueberführung der Schlüsselindustrie in den Besitz des Staates, den die Sozialdemokratie durch ihre Arbeit stützt und fördert. Aus den Darlegungen des deutschnationalen Abg. Dr. Mayer-Karlsruhe ist vor allem bemerkenswert, daß selbst dieser Vertreter der Ultrarechten die ärmliche Lage der badischen Verhältnisse anerkennen und das Verhältnis des Staates für die Kirche würdigen mußte, um dabei zu erklären, daß keine Partei an der badischen Schulverfassung festhalte. Als Verfechter der Weltmarktpreise stellte sich Herr Mayer-Karlsruhe vor, der nach einem einmütigen Vernehmen parlamentarischen Ton sich vor allem mit dem Zentrum auseinandersetzte, wobei er seinen stark ermüdenden Gemeinplätzen über die Finanzwirtschaft auch die Bemerkung einflachte, daß keine Partei auf dem Boden der Verfassung stehe und bereit sei, die Republik zu verteidigen.

In der Nachmittagsitzung kam zunächst der demokratische Abg. Dr. Glöckner zum Wort, der sehr lebhaft für die große Koalition unter Einfluß der liberalen Volkspartei warb und die großen positiven Leistungen der Koalitionspolitik betonte. Ihm folgte Abg. Vogt von den Kommunisten, der sich zunächst gegen die Privilegien der Besitzenden auf kulturpolitischen Gebiet wandte und dann eine Generalkritik aller Gesellschaftsrichtungen vornahm, ohne jedoch ein Rezept gegen die Schäden abzugeben können. — Am Donnerstag früh wird die erste Redeagentur fernab werden, worauf dann, bei heute bereits erschütterter Ermüdung, die zweite Redereihe folgt.

Sitzungsbericht

Präsident Wittemann eröffnet die Sitzung um 9.25 Uhr.

Fortsetzung der politischen Aussprache

Abg. Dr. Mayer-Karlsruhe (D.N.): Heute geht es bei gedämpfter Trommelklang, trotzdem der Staatspräsident mehr zum Optimismus neigt. Auch wir sind Optimisten. Trotzdem sollen wir den pessimistischen Optimismus nicht. Immerhin liegen die Verhältnisse bei uns in Baden günstiger als sonst im Reich. Wenn auch die Weimarer Verfassung die Vertiefung der Länder herabdrückt, so dürfen wir doch keine Strukturpolitik treiben. Wir fordern die Einheitsfront gegen den äußeren Feind. Wir haben uns mit Vorzügen in der Kammer nicht verhalten, sondern sie einmal da ist. Ergeben der Verfassung, das ist die Weimarer Verfassung. Die Rechte der Regierung liegen in der Verantwortung des Internationalen vor dem Nationalen. Ausgestaltung des Christentums, sowie Sozialversicherung und Erhaltung der Schwärze. Unserer Meinung ist, daß die als eine Sicherungsgasse. Zu diesen sind erst recht darüber, daß der Staat eintritt, daß er sich ihnen nicht entgegen kann. Wir sind dem Staate dankbar für die wirtschaftliche und veränderte Haltung gegenüber der Kirche. Der Staat muß die Pflicht über die Schule behalten, wobei die Verwaltung der Kirche gewährleistet bleibt. Wir halten an der jetzigen badischen Schulverfassung fest. Das Nationalrecht des Reichsstaates hat unsere Billigung nicht. Wir wollen die staatliche Schule erhalten. Ich für meine Person halte das badische Schulverfassungsgesetz für ein gutes Gesetz. Die Regierung habe den Funktionen der Kirche, genau so nachzugehen wie den Angehörigen von rechts. Unsere volle Zustimmung finden die Worte des Staatspräsidenten über die Aufrechterhaltung des Reichsstaates. Die Personalunion zwischen Finanzministerium und Landesfinanzamt, halten wir nach wie vor für unangenehm. Die Forderung der Einheitsfront von oben müssen geschlossen werden; anders liegt die Sache bei den Volksparteien. Das starke nationale Gefühl darf den Studenten nicht verflümmert werden. Wir deutschnationalen sind keine neue, sondern eine neuezeitliche Partei, die nichts mit früheren Parteien zu tun hat. Wir sind der Ueberzeugung, daß durch den Versuch des Staatspräsidenten im München, sich die Meinung über Bayern besser. Wir treten für eine besondere landwirtschaftliche Abteilung im Ministerium ein. Der Verfall der Preise ist auf Ungerechtigkeit und Wortbruch aufgebaut. Das deutsche Volk steht erst dann wieder auf, wenn die innere Wiederaufrichtung kommt, wenn es sich geschlossen auf den Standpunkt stellt: Lieber tot als Sklav.

Abg. Strobel (So.):

Der Optimismus des Finanzministers ist bis zu einem gewissen Maße berechtigt. Anerkennung verdienen die Finanzbeamten und die Steuerzahler, weil wir für 1920 ein so gutes Ergebnis haben. Trotzdem sind bei den Veranlagungen noch weitere Änderungen nötig. Vor allem drängen wir auf eine gleichmäßige Veranlagung im ganzen Lande. (Mitschriften rechts: Nach Schema. Abg. Warum: (So.): Kein Schema, sondern Gerechtigkeit.) Schema F ist nicht notwendig. Vor allem ist die stärkere Beziehung der Arbeiter in die Steueransätze nötig, wobei ihnen der tatsächliche Verlust für die durch die Zeit entfallenden Löhne ersetzt werden muß. Stark beschäftigt sind die Finanzämter der Gemeinden. Man hat den Gemeinden in den letzten Jahren immer mehr neue Aufgaben zugewiesen. Die Geldverwertung wird verkehrt auf die kommunalpolitische Tätigkeit. Die vielen Ausgaben der Stadt Mannheim für Schulaufwand, Wohlfahrtsvereine, Straßen und Wege usw. zeigen die ungeheuren Ausgaben der Stadtverwaltungen. Die Gebühreneinnahmen der Städte sind bereits bis zur Grenze des Möglichen gekommen. Deshalb muß das finanzielle Verhältnis des Reiches zu den Ländern und Gemeinden ein anderes werden. Vor allem muß sich das Reich entscheiden für die Schadloshaltung der Gemeinden für die steuerfreien Einkommensteuern. Wir sind Anhänger der Staatsschule. Vor allem kann das Luxusautofahren eine kräftige Besteuerung erfahren. Die Staatsbetriebe müssen wirtschaftlich gestaltet werden. Aber auch hier kann man nicht immer mit Sonnenchein rechnen, sondern auch mit Regen. Ebenso wie der Privatkapitalist riskieren muß, muß dies auch der Staat tun. Auch der Staat muß, wie beim Kapitalisten, Verluste zahlen, wie dies auch der Privatkapitalist tun muß. Die Selbstveranlagung der Besitzenden zu den Steuern zeigt eine sehr merkwürdige Moral. Was in Mittelbaden bei den Schatzkammerrechnungen ist eine Verleumdung am Volke. Hier muß scharf eingegriffen werden. Von Pflichtgefühl gegenüber den Nebenmenschen findet man nichts. Dazu stellen sich die

Die Sachverhaltung ist kein Schlagwort. Nur ist die Veranlagung schwierig. Die Goldwährungsanleihe scheint mir da ein guter Uebergang zu sein. Die Einkommensteuernabelle ist so unsozial als nur möglich ausgefallen. Bei den Einkommen unter 24 000 M im Jahre läßt sich der 10 prozentige Steuerabzug nicht mehr rechtfertigen. Gefährdend für das Wirtschaftsleben Badens ist die mehrfache Belastung der Umschlaggebühren beim Uebergang vom Posttransport zur Bahn. Hier muß sich die Regierung für eine Änderung im Baden Interesse einsetzen. Gerecht hat mich die Erklärung des Finanzministers: Hände weg vom Staatseigentum! Wir gehen jedoch weiter und verlangen

die Ueberführung der Schlüsselindustrie in Staatsbesitz, um die Kosten der Maschinen für die Bahnen zu verringern. Einmal war in London, um für die Privatierung der Bahnen Stimmung zu machen. So sieht das Interesse dieses Mannes am deutschen Volke aus. Mit dem Grundgesetz kein Eingriff ins Privatvermögen muß man brechen. Der Staat muß für sich das zurückfordern, was vom arbeitenden Volke für das Kapital erarbeitet wurde. Wir müssen vom ganzen Volke Gemeinwesen fordern, um ein Volk zu schaffen, das den großen Aufgaben der Gegenwart gewachsen ist. Hierzu brauchen wir aber eine Schule.

wie wir sie als Einheitschule fordern. Heute ist in den Schulen nicht die Befähigung maßgebend, sondern der Geldbeutel. Wenn unsere Jugend der Träger der Zukunftsaufgaben werden solle, dann müssen wir die Schule entsprechend aufbauen. Für die Volksschule verlangen wir eine zielgemäße Ueberwindung des Lebens und einen entsprechenden Gedächtnisunterricht. Die Schule darf nicht der deutschnationalen Prägung dienen, wie sie in allen Schulgattungen betrieben wird (Sehr richtig!) Befriedigt hat mich die Erklärung des Abg. Schofer zur

Simultanlehre.

Damit bekommen wir einen Schulfrieden. In der Simultanlehre lassen wir nicht rütteln. Wir sind gegen die Ausschüsse des Staates an die Kirche. Die Kirchen haben das Steuerrecht und das können sie ausbauen. Verschiedene Verabredungen der badischen Justiz

stehen mit der Auffassung weiter Kreise des badischen Volkes in Widerspruch. So vor allem beim Lehrentgeltungsproblem. Doch ist auch manches Anerkennend, daß der Prozeß gegen die Gemeinbünde in Baden geführt wird. Wir verlangen die Ueberwindung dieses Prozesses in Baden. Eine Organisationsänderung in den Ministerien halten wir nicht für angängig. Ebenso müssen wir uns gegen eine Auflösung der Landwirtschaft vom Ministerium des Innern wenden; eine Auflösung die auch von der Denkweise der höheren Beamten geteilt wird. Die deutschnationalen bestreben sich über Unfreiheit. Früher konnte, von den Sozialdemokraten gar nicht zu reden, kaum ein Zentrumsmann höherer Beamter werden. Wir verlangen, daß gemäß der Befähigung jedermann höherer Beamter werden kann. Und dies ist bei Maxter Stiel und Dr. Müller der Fall. Wir lassen uns durch alles Geschrei über die Politisierung der Beamten nicht von unserer Auffassung abbringen (Sehr richtig!). Die Drohpresse bringen eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung. Die Schuld liegt am Mangel an Lebensmitteln in Deutschland. Wir haben noch nie eine Aufhebung für die Landwirtschaft abgesehen. Wir verlangen dafür die Gegenleistung der Landwirtschaft — sie ist jedoch bis heute ausgeblieben. Der Landbau hat in Erfüllung dieser Aufgabengabe völlig versagt und sich mit der Produktion des materiellen Epochen begnügt. Wenn die Markt wieder steigt, dann kaufen wir das Getreide billiger im Ausland als in Deutschland, dann aber werden die Landwirte berechnen ans Volk appellieren, anlässlich ihrer letzten Galluna. Die Gesundheitslage der Kinder zeigt, daß die deutsche Landwirtschaft ihre Pflicht nicht erfüllt hat.

Die Weltmarktpreise erfordern auch Weltmarktlöhne.

Davon will man jedoch nichts wissen. Die soziale Lage hat sich durch die hohen Preise gewaltig verschlechtert. Die Ueberwindung des Reichswohlstandes hat auf die Schwärzung in der Entlohnung zwischen unten und oben keine Rücksicht genommen. Wir machen dies nicht mit. Die soziale Ueberwindung muß vereinfacht und bereinigt werden. Daran schließt sich die Forderung für die Arbeiterbewegung nicht gelernt hat. Ein Schreiben des Unternehmensverbandes in Mannheim zeigt die Manieren des Unternehmertums. Die Arbeitererschaft läßt sich dies nicht mehr gefallen. Leute mit solchen Manieren wie in diesem Schreiben gehören hinter Schloß und Riegel. Der deutschen Industrie ging es zu keiner Zeit besser als unter dem Reichstendenz. Was in unseren Kräfte steht, die

Wohnungsnot zu beseitigen, werden wir tun. Eine rein schematische Wohnsorge kann jedoch von den Lohn- und Gehaltsempfängern nicht getragen werden. Schorf werden wir uns gegen die Beseitigung der Wohnungsnot in Riets- und Wohnungsverweigerung. Denn die Folgen dieser „freien Wirtschaft“ wären unerblickbar. Man darf die Mieter nicht der Spekulation ausliefern. Förderung verlangt auch das Siedelwesen. Die Arbeitslosen verlangen kein Almosen, sondern ihr Recht. Gegen eine weitere Belastung der Gemeinden muß ich mich aussprechen; hier müssen die Hände der eingreifen.

Der Wahlkampf

wurde unter dem Eindruck der außenpolitischen Lage geführt. Viele Wahlgebiete zeigen einen fast unmissenden Tiefstand einzelner Parteien. Wer nicht national denkt, kann nicht international sein; wer nicht international ist, kann auch nicht national sein (Hochachtung rechts). Deutschland braucht die übrige Welt. Wir wollen die Forderungen beifügen, daß man in Amerika Honn verdreht und Deutschland hungert.

Wir sind nationaler

als die sich national bezeichnenden Parteien. Gegen die haarsträubenden Wahlgebühren möchte ich sagen, daß Reichspräsident Ebert mehr für das Volk getan hat, als alle Spötter der Republik zusammen. Was in den Wahlgebieten gegen die Staats-einrichtungen gesagt wird, geht auf keine Kuhhaut. Die Parteien sollen sachlich kämpfen. Zu sachlichem Kampf sind wir gerne bereit. Das Ziel der deutschnationalen ist die Monarchie. Wer es wagen sollte, das Kaiserium wieder aufzurichten, wird an der Wiederherstellung der Sozialdemokratie hohen Aufbruch bei den Sozialdemokraten.

Die Hinterlassenschaft des Kaiseriums

hat das Volk aufgelöst. Ihr verdanken wir unser heutiges Glück. Als die Randbemerkungen des Kaisers bekannt wurden, schrieb die rechtschende „Mannheimer Abendzeitung“, daß wir an dieser Monarchie zwar gegangen seien und deutschnationale „Subdeutsche Zeitung“ schrieb, daß wir von Wilhelm II. endgültig geschieden sind und er innen- und außenpolitisch eine Belastung darstellt. Ich trete der Regierung bei, wenn sie erklärt, die Reichseinheit ist nur möglich im republikanischen

ischen Deutschland. Deutschland wird republikanisch sein oder es wird nicht sein. Die Proklamierung des Kronprinzen Anspruch von Bayern kommt den französischen Aspirationen entgegen. Wenn Napprecht glaubt, sich in den Sattel setzen zu können, so wird dies der Widerstand des übrigen Deutschland finden (Zustimmung der Sozialdemokraten). Dies möchte ich hier feststellen. Die Abkehr von der Erfüllungspolitik wäre der Untergang Deutschlands. Das deutsche Volk macht die Rückstufungspolitik der Deutschnationalen nicht mit und läßt sich nicht wieder vor die Maschinen gewehren bringen. Wir sehen die Forderung von Kautsky und bemerken die allmählichen günstigen Folgen der Erfüllungspolitik. Es wird die Zeit kommen, wo die Vernunft Sieger bleibt und die Rüstungen aufhören. Was den

Klassenkampf

betrifft, so ist die Arbeiterklasse hierzu gezwungen, so lange ihre Lebensmöglichkeiten nicht sichergestellt sind und die Klassen nicht überwunden sind. Durch das Eingehen einer

Koalition

ist die grundsätzliche Stellung der Parteien nicht berührt. Wer unser Götlicher Programm annimmt, mit dem können wir eine Koalition eingehen. Dem Landbund möchte ich erklären, daß wir an unseren Lebenszielen festhalten, so daß wir auf eine Koalition mit dem Landbund verzichten müssen. Damit werden auch die Behauptungen von links geklärt. Wir halten den Staatsgedanken aufrecht und wollen den demokratischen Volksstaat ausbauen. In Ruhe und Ordnung wollen wir den Wiederaufbau vornehmen und wir hoffen auf diesem Boden das badiische Volk zu sammeln in der Debatte. Mit uns das Volk, mit uns der Sieg! (Beifall bei der Sozialdemokratie.)

Abg. Klüber (Landbund) gibt seiner Freude über den Einzug des Landbundes in den Landtag Ausdruck. Wir haben unsere Organisation gegründet, weil die anderen Parteien unsere Forderungen auf Abschaffung der Zwangswirtschaft nicht erfüllten. (Widerstand beim Zentrum.) Sind Sie ruhig, Sie bekommen noch drauf! (Präsident Wittemann rät diesen Ausdruck.) Ich werde die Mägen einstecken. (Präsident Wittemann: Wenn Sie in dieser Art weiterfahren, werde ich von den parlamentarischen Mitteln Gebrauch machen.) Die landwirtschaftlichen Preise waren bei der Zwangswirtschaft derart, daß die Bauern verhungern mußten. Wiederaufbau der Zwangswirtschaft wäre Untergang der Nation. Die Zwangswirtschaft hat die Moral untergraben. Bei der Abschaffung der Zwangswirtschaft zeigte sich bis zur äußersten Linken Verständnis für die Landwirtschaft. (Abg. Mayer-Geibelberg (Soz.): Auch ohne Landbund.) Der Gehalt des Ertrags der Schwärze muß verschwinden. Wir sind keine politische Partei, trotzdem möchte ich einiges Politische sagen. Wir stehen auf dem Boden der Verfassung und sind auch bereit, die Republik zu verteidigen. Wir freuen uns, daß der Minister erklärte, daß die Regierung keine Parteipolitik betreibt. Wir sind jederzeit bereit, mit den Arbeitern in die Regierung einzutreten, aber wir können uns nicht solidarisch erklären mit einem Programm, das uns zuwider ist. Herr Abg. Strobel erklärte, daß die Sozialdemokratie die Diktatur des Proletariats will (Widerstand bei den Sozialdemokraten und allgemeine Heiterkeit). Wir sind Eigentumsfanatiker. Ich würde es nicht ungeheuerlich finden, wenn Abg. Gebhardt Landwirtschaftsminister und Konfessionsrat Abg. D. Mayer-Karlstraße Kultusminister würde, trotzdem das Unterrichtsministerium in guten Händen ist. Der Zentrumsgaule ist sehr alt und unser Hofe ist sehr jung. (Heiterkeit.) Und da wollen wir dem Zentrum etwas abnehmen und es gelingt uns auch. Wir haben nicht geschwinde; andere Parteien haben anders gehandelt. (Abg. Dr. Schöfer (Ztr.): Herr Präsident Wittemann: Ich bitte den Abg. Dr. Schöfer, sich zu maßigen.) Wir nehmen den Landbesitz auf, den uns Abg. Dr. Schöfer hinwarf. Wir halten an der Einheit unseres Vaterlandes fest.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) wendet sich in persönlicher Bemerkung gegen die Anklage des Vorredners, daß einzelne seiner Parteifreunde keine weiße Weste hätten. Eine nähere Begründung bezog sich jedoch der Vorredner. Ich stelle fest, daß dieser Vorwurf noch nie in diesem Hause vorkam.

Um 1.15 Uhr verläßt sich das Haus auf nachmittags 1/4 Uhr.

Nachmittags-Sitzung

Abg. Dr. Glöckner (Dem.): Der Weg, den unsere Politik einschlug, war richtig. Die Zerstückelung des Bürgeriums ist schädlich. Ueberraschend war, daß sich der einzige Vertreter, den die wirtschaftliche Vereinigung bei den Wahlen erhielt, dem Landbund angeschlossen, trotzdem dessen Wähler den Städten angehören. Nach den Demokraten und Liberalen grundsätzlich ähnliche Anschauungen waren, ist die Zerstückelung dieser Parteien zu bedauern. Wir halten jedoch an unserer bisherigen Politik fest, ebenso wie an der Koalitionspolitik, die sich wohl sehen lassen kann. Wenn wir uns erinnern, daß wir vor 8 Jahren unter dem Schutz eines Maschinengewehrs tagten, so sieht man den Fortschritt. Wir können auf den Führer der Partei verweisen, die uns am nächsten steht, den Abg. Stresemann, der erklärte: Der Geist der Ordnung hat sich durchgesetzt. Auch außenpolitisch kommen wir vorwärts und werden allmählich wieder gleichberechtigt. Auch die Arbeit um die Erhaltung der Reichseinheit hat sich bewährt. Die Kritik an dem bisher Erreichten ist billiger. Angesichts der Not der Zeit können wir nur wünschen, daß die große Koalition bald zustande kommt. Wenn der „Volksfreund“ die demokratische Partei als „lebenden Leichnam“ bezeichnet (Heiterkeit), so ist dies nicht nur geschmacklos und töricht, sondern für die Koalition unerträglich. Unsere Politik war eine solche der Mitte und des sozialen Ausgleichs. Die Interessen der Religionsgesellschaften dürfen nicht allein für den Staat maßgebend sein. Eine Umformung der kapitalistischen Wirtschaft in die sozialistische Wirtschaft lehnen wir ab. Wir brauchen heute die kapitalistische Wirtschaft mehr als je. Trotz der trennenden Weltanschauung haben die drei Koalitionsparteien zusammengearbeitet. Ihre Grundlage war dabei der Ausbau der nationalen, sozialen und demokratischen Republik. Die Bemerkungen des „Mannheimer Generalanzeigers“ über Masse und Demokratie sind ausgefälschte Phrasen, hinter denen gar nichts steht. Wegen die Deutschnationalen, die in Opposition zum gegenwärtigen Staat stehen, können wir nur eine gegensätzliche Haltung einnehmen. In noch schärferem Gegensatz wie zu den Deutschnationalen stehen wir zu den beiden Linksparteien, die die Diktatur des Proletariats wollen und die erst neulich durch den Unabhängigen Geisler erklärten, wir kennen kein Vaterland. Die Notwendigkeit des Landbundes habe ich auch nach der heutigen Rede des Herrn Klüber noch nicht einsehen können. Die Fiktion des Landbundes, er sei keine politische Partei, läßt sich nicht aufrecht erhalten. Wir wollen die deutsche Einheit unter Wahrung und Berücksichtigung der Eigenart der deutschen Stämme. Zur Wahrung der Eigenart der deutschen Stämme rechnen wir aber nicht, wenn die Rakete von Württemberg nach Baden daraufhin durchgeschossen werden, ob sie Butter oder Käse enthält. Wünschenswert wäre die weitere Inangriffnahme der Angleichung der badiischen Verfassung an die Reichsverfassung. Die Anträge bezüglich einer Ableitung für Landwirtschaft werden

die Frage der Staatsvereinfachung ins Rollen bringen. Bezüglich des Verhältnisses von Kirche und Staat stehen wir auf einem anderen Standpunkt als das Zentrum. Wir haben grundsätzlich auf dem Boden der Simultankonkordate und familiäre Parteien sich darüber einig, daß am bestehenden Zustand nichts geändert wird. Die Steigerung des Personalaufwandes des Staates muß nachdenklich machen. Bei den Steuern fehlt es vor allem an der Durchführung. Unsere Forderung wird mit besten Kräften am Wiederaufbau von Staat und Wirtschaft mitarbeiten.

Abg. Bad (Komm.): Wenn die Regierung von Staatserhaltender Politik spricht, so will sie damit die kapitalistische Politik aufrechterhalten. Dazu gehört Entgegenkommen gegen die Kirche und die Rede des Staatspräsidenten war eine einzige Verbeugung vor Herrn Dr. Schöfer (Heiterkeit). Der Staatspräsident, der auch gleichzeitig Kultusminister ist, ist ein regelrechter Zentrumskulturminister (Heiterkeit). Die Erhaltung der Universitäten ist ein Privilegium des Bürgertums. Der Geist ist in den Schulen nur ausnahmsweise republikanisch; er darf sich aber nicht allzu republikanisch geben. Die Volksschule ist völlig unzureichend. Wir sind keine Gegner der Religion. Aber wir meinen, daß es unzählige Schattierungen der Religion gibt und wir sind Gegner der Kirche, die aus einer Religion der Armen ein Herrschaftsinstrument der Reichen macht. Zur Kritik gibt die Behandlung des Falles des Lehrers Wolf in der Sache. Der Fall ist nicht so einfach, wie es die nicht-berufliche Klasse. Es gibt einzelne objektive Richter, als Gesamtheit stehen die Richter jedoch unter dem Vorzeichen ihrer Klasse, wie die Prozesse gegen die Kommunisten beweisen. Die Landwirte haben keine Ursache, sich über Zurücksetzung zu beklagen. Nicht zu betreten ist, daß jeder Förderung der Landwirtschaft die Förderung resp. Steigerung der landwirtschaftlichen Preise folgte. Die moralischen Regungen des Kapitalismus hängen mit dem Materialismus zusammen. Die Staatsorgane stehen immer noch mit einem Fuß auf monarchistischen Boden. Wenn verlangt wird, daß monarchistische Hebelwirkungen bei staatlichen Gebäuden entfernt werden, bekommt man sehr merkwürdige Antworten, wie bei der Oberpostdirektion Konstantz. Die monarchistische Gefahr ist immer noch sehr stark. Die Einheitsfront der Arbeiter ist eine größere Sicherung für die Republik als alle Versprechungen. Ich weiß nicht, ob die Zukunft dem Optimismus des Finanzministers nicht ein Stück durch die Rechnung macht. Angesichts der Steuerermäßigung müßte wir zur Erhaltung der Schwärze zurückkehren, wenn dies auch als Schlagwort bezeichnet wird. Der Absatz der deutschen Produktion im Ausland sinkt, weil das deutsche Volk nicht mehr kaufkräftig ist. Die deutsche Industrie muß für die Bedürfnisse des Auslandes mobil gemacht werden. Auch an das Gemissen des Finanzministers möchte ich für die kommenden Wahlen appellieren. Ich erwarte den Begriff der Menschheit nur im internationalen Sinne. Wir können der Regierung kein Vertrauen ausdrücken.

Nächste Sitzung Donnerstag früh 9 Uhr.

Badische Politik

Die Mitglieder des Finanzgerichtes

In der Landtagssitzung vom letzten Dienstag wurde die Wahl von 40 zu wählenden ehrenamtlichen Mitgliedern des Finanzgerichtes Karlsruhe vorgenommen.

Von der sozialdemokratischen Fraktion wurden hierzu bestimmt und abgibt gewählt: 1. Emil A. g a l t, Eisenmacher in Forstheim; 2. Hermann F u c h s, Kaufmann in Mannheim; 3. Dr. Leo K u l l m a n n, Rechtsanwalt in Karlsruhe; 4. Friedrich K u r z, Landwirt in Brühl; 5. Emil M a i e r, Stadtrat in Heidelberg; 6. Dr. Hugo M a r z, Staatsanwalt in Mannheim; 7. Ernst M u n d i n g, Rohlenhändler in Konstantz; 8. August W i l l i p p, Stadtrat in Karlsruhe; 9. Hans F r u l l, Regierungsrat in Karlsruhe; 10. Fritz T ö p p e r, Kaufmann in Karlsruhe.

Von den anderen Parteien wurden folgende 30 Mitglieder bestimmt und darauf gewählt: Dr. Heinrich K e n n e n h e i t e r, Generaldirektor, Freiburg; Adam v o n A u, Oberlehrer und Abg., Mannheim; Dr. Hugo B a u r, Rechtsanwalt, Konstantz; Max B a d, Arbeitersekretär und Abg., Lörrach; Josef D e r r i g, Holzhandler, Achern; Rudolf F i c h e r, Fabrikant und Abg., Freiburg; Friedrich F r e c h, Gutbesitzer, Peterstal; Kurt F r e y, Landwirt, Höpfigen; Josef G e r l a c h e r, Schlossermeister und Abg., Willingen; Ernst H a g i n, Landwirt und Abg., Gengen; A. L ö r r a c h, Theodor H e r b s t r i t t, Fabrikant, Forstheim; Georg H e r t e, Landwirt, Bürgermeister und Abg., Eichenforst; A. W o r b e r g, Alfred H i l d e b r a n d, Landwirt, Steinhilber; Karl H o f f m a n n, Malermeister, Brudhof; Albert K a m m e r e r, Landwirt und Kaufmann, Gengen; K r e m e r, Landwirt, Brühl; Dr. Hugo M a r z, Eisenmeister, Karlsruhe; Josef M e i t t i n g, Landwirt und Abg., Willingen; Julius M e u h a u s, Fabrikant, Heidelberg; Joh. S c h a n d e l m a i e r, Sägewerksbesitzer, Hornberg; Wilhelm S c h m a r z, Arbeitersekretär, Rosbach; A. S t a h m e r, Kommerzienrat, Karlsruhe; Alphonse S t e i g e r, Handelsaufsichtsbekannter, Offenburg; Dr. Nathan S t e i n, Bankier, Karlsruhe; Franz S t o d e r, Landbesitzer, Karlsruhe; Gust. S t r o h m, Oberfinanzrat, Karlsruhe; Frida U n g e r, Stadtoberordnete und Abg., Lahr; Friedrich V o g e l b a c h, Fabrikant, Lörrach; Adolf W i s s e r, Kaufmann und Abg., Karlsruhe; Dr. Johann Z e h n t e r, Oberlandesgerichtspräsident und Abg., Karlsruhe.

Hierzu kommen nun noch 40 von anderen Körperschaften (darunter 9 von der Arbeiterschaft) zu nominierende Mitglieder. Dem Landtag sind eine Reihe Petitionen zugegangen. Zahlreiche Gesuche betreffen das Ortskassenverhältnis und die Beschäftigungsordnung. Eine Reihe Gemeinden wenden sich gegen die Erhebung von Lehrerunterstützungsgeldern für elektrische Gas- und Wasserleitungen. Eine Petition betrifft den Vollzug des Gesetzes über die Vereinigung der Gemeinde-Verwaltungen mit Redaktionsrat, und ein weiteres Gesuch betrifft die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Ferner ist dem Landtag ein Gesuch des Justizministeriums zugegangen zur Straferhebung des deutschnationalen Abg. M a g e r wegen Verleumdung.

Die Vaudarlehen im Jahre 1922

Die Einheitsföhr für die Gewährung von Vaudarlehen sind für das Baujahr 1922 vom Arbeitsministerium wie folgt neu festgesetzt worden und zwar für Bauteile von Gemeinden und gemeinnützigen Bauvereinigungen: A. für das Quadratmeter Wohnfläche: 1. in bäuerlichen Gemeinden und kleineren Städten mit vorwiegend ländlichem Charakter, bei ein- und zweigeschossigen Häusern 500 M., bei drei- und mehrgeschossigen Mehrfamilienhäusern 450 M., 2. in den übrigen Gemeinden bei ein- und zweigeschossigen Wohnhäusern 540 M., bei drei- und viergeschossigen Mehrfamilienhäusern 500 M., B. für das Quadratmeter Stallfläche gleichmäßig 225 M. Sind Privatpersonen Bauherren, so mindern sich die unter A. genannten Sätze um je 40 M.

Die Festsetzung der Einheitsföhr im Einzelfall erfolgt durch das Arbeitsministerium. Ist mit einem Bau begonnen und der Staatsbehörde die Möglichkeit der Einwirkung auf die Gestaltung des Baues genommen, so wird entweder überhaupt kein oder nur ein ermäßigtes Vaudarlehen gewährt werden. Die erhöhten Sätze gelten grundsätzlich nur für die zu erlassenden Bewilligungsbescheide für das Baujahr 1922. Anträge sind durch das Bürgermeistertum und Bezirksamt dem Arbeitsministerium zur Entscheidung vorzulegen.

* Erhöhung der Volksschullebuh-Preise. Das Unterrichtsministerium hat den Ladenpreis für den ersten Teil des Volksschullebuhes auf 11 M. und den Ladenpreis für den zweiten Teil auf 11.50 M. festgesetzt.

* Die Aufnahme von Jöglingen in die Bildungsanstalten für Lehrerinnen, im Zusammenhang mit der Verlegung des Schuljahresanfangs an den Höheren Schulen wird von 1922 ab auch der Schuljahresbeginn für die unteren Kurse an den Bildungsanstalten für Lehrerinnen auf Ostern festgesetzt, die bestehenden oberen Kurse behalten den Herbstanfang bei. Mit Rücksicht auf die immer noch vorhandene starke Ueberfüllung im Lehrerbinnenberuf können an Ostern d. J. nur jeweils höchstens 20 Schülerinnen in die Unterklasse aufgenommen werden. Die Aufnahmeprüfungen für den Eintritt in die Klasse 3 des Lehrerbinnen-Seminars Prinzessin-Wilhelm-Stift in Karlsruhe und die Seminaranfänger der Höheren Mädchen Schulen in Freiburg, Konstanz und Mannheim für das Schuljahr 1922/23 finden am 7. und 8. April 1922 statt.

* Die Reife- und Schlußprüfungen an den Höheren Schulen. Eine Bekanntmachung des Ministeriums des Kultus und Unterrichts betr. die Reife- und Schlußprüfungen an den Höheren Schulen besagt: Infolge der Verlegung des Schuljahresanfangs an den Höheren Schulen wird bestimmt: 1. Die Berechtigten derjenigen Schüler, die sich gegen Ende des Schuljahres der Reifeprüfung oder an den schlußartigen Anstalten der Schlußprüfung unterziehen beabsichtigen, sowie die Vorläufe für die Prüfungsaufgaben sind künftig jeweils auf 1. Febr. dem Unterrichtsministerium vorzulegen. 2. Für solche nichtbestehende Schüler, die dieselbe Anzahl als Schüler weiterbesuchen, kann künftighin die Zulassung zu einer Wiederholungsprüfung schon auf Ende September oder Anfang Oktober bewilligt werden. 3. Die Bewerbe um Zulassung zu den Erprobungsprüfungen sind künftighin im Laufe des Monats Dezember beim Unterrichtsministerium einzureichen.

Kleine badische Chronik

* Heidelberg, 25. Jan. Ein angeblich französischer Schieber ist im Stadthalr Handföhrgeheim verhaftet worden. Dort wohnte seit einiger Zeit ein Mann, der sich H u b e r t nannte und ein sehr luxuriöses Leben führte. Der Herr übte sich schließlich der Staatsanwaltschaft auf, die den großartig auftretenden Herrn verhaftete. Man hört, daß sein Geld aus Schiebern stammt, die er in der Hauptstadt mit Leber und Schutzworten unternehmen hat. Ein auswärtiger Regierungsbeamter soll von dem Verhafteten um 55 000 M. betrogen worden sein.

* Heidelberg, 25. Jan. Der Raubmörder Siefert ist unter starker Bedeckung aus dem Heidelberg Amtsgefängnis in das Strafgefängnis nach Mannheim überführt worden.

* Heidelberg, 25. Jan. Die Meldung, daß die Nordgesellen, die den Heberfall auf dem Bahnhofsrestaurant bei Steinfurt verübten, festgenommen seien, hat sich nicht bestätigt.

* Baiersl. 25. Jan. Die überall, so haben sich auch hier bei einer Holzversteigerung durch das Forstamt Wiesloch unerhörte Preissteigerungen zugetragen. Die Tage für zwei Stier Holz war auf 400 M. festgesetzt, dieser Preis wurde aber im Au auf 1000 M. hinaufgetrieben. — Infolge dieser Preissteigerungen wurde die Versteigerung von 6 Stier Holz für ungültig erklärt.

* Mannheim, 24. Jan. Vor einigen Monaten wurden in Frankfurt nach einem Eisenbahntaschendiebstahl mehrere Patente Eisenbahnbrüdenbücher vermisst, die für die Eisenbahnböhrde einen außerordentlichen Wert darstellten. Die Bücher wurden dann in Mannheim und Darmstadt für eine halbe Million Mark zum Kauf angeboten. Die Eisenbahntaschendiebstahlpolizei hat nun die an dem Verfall beteiligten Personen verhaftet. Sie werden sich vor dem Reichsgericht wegen Landesverrats zu verantworten haben.

* Gohausen, 26. Jan. (Lauderbachhofheim.) Einbruchdiebstahl. Am Sonntag vormittag während des Gottesdienstes wurde in die Wohnung der Gelehrter Hofmann eingebrochen und 3800 M. gestohlen. Die Täter wurden noch am gleichen Tage verhaftet.

* Rastatt, 25. Jan. Einer größeren Platiniersbergesellschaft ist die Gendarmen in Sigen auf die Spur gekommen. Es wurden eine Frau M ü l l e r mit ihrer 19jährigen Tochter und ihrem 16jährigen Sohn verhaftet; dagegen sind die Hauptschieber noch nicht festgenommen worden. Es stellt sich heraus, daß in den letzten Tagen mit Wissen der bis jetzt verhafteten Personen Platin im Wert von etwa 300 000 M. nach der Schweiz verschoben worden war. Auch ein Grenzaußseher soll in die Angelegenheit verwickelt sein.

* Ehrenbreiten (A. Staufen), 24. Jan. Der Landhunger treibt bei besonders Gelegenheiten immer noch seine kostspieligen Wüten. Bei einer hier abgehaltenen öffentlichen Versteigerung in einem Erbsohnensaal lag ein Gärtchen mit einem Flächeninhalt von zwei Ar 6 Quadratmeter, das zu 500 M. veranschlagt war, auf 17 550 M. zu stehen.

* Salem, 24. Jan. Ein mit mehreren Personen besetzter Mobilschlitten raste gegen einen Baum. Mehrere Teilnehmer mußten bewußtlos mit nicht unerheblichen Verletzungen davongetragen werden.

* Säckingen, 24. Jan. Um der Preissteigerung bei Holzversteigerungen entgegen zu wirken, hat das Forstamt Säckingen beschlossen, bei Holzversteigerungen Holzhandler als Steigeter nicht zuzulassen.

* Willingen (Ami Konstantz), 24. Jan. H o l z m a c h e r. Bei einer Holzversteigerung der hiesigen Gemeinde wurden noch nie dagewesene Preise erzielt. Für zwei Stier buhens Scheitholz wurden 1280 M. gelöst. Mit dem Fuhrlohn, sowie den Unkosten für Sägen, Spalten und Aufspeichern werden diese beiden Stier auf 1400—1600 M. kommen. Dabei waren bei der Steigerung auswärtige Steigeter nicht zugegen.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Deutsche Teigwaren **Maccaroni** echte aus reinem Hartweizenmehl sowie aus feinstem Weizenmehl und Vollkorn hergestellt **Eiernudeln** **Ein Volks-Nahrungsmittel**

Wohlschmeckend und von hohem Nährwert. — Ueberall zu haben. [1016]

Großvertrieb durch Vereinigte Deutsche Teigwaren-Fabriken G. m. b. H. in Mannheim.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 26. Januar.

Geschichtsfestender
26. Januar. 1823 Der Mediziner Edward Jenner, Entdecker der Säugpockenimpfung, in Berlin. — 1920 Erste Sitzung der internationalen Arbeiterkonferenz (Völkerbund) in London.

Karlsruher Parteinachrichten

Die Bibliothek des sozialdem. Vereins ist jeden Freitag von 4-6 Uhr geöffnet. Sie befindet sich in der Volkshaus-Handlung, Adlerstraße 16. Genossen und Genossinnen, benötigt die langen Winterabende zum Lesen von guten Büchern, dazu bietet unsere reichhaltige Bibliothek die beste Gelegenheit.

Bezirk Ruppurr. Heute abend punkt 8 Uhr findet im „Fähringer Löwen“ Versammlung mit Vortrag statt. Gen. Prof. Wilhelm aus Karlsruhe spricht über „Das kulturelle England“. Genossen und Volksgenossen, erscheint pünktlich und zahlreich.

Bezirk Mühlburg. Am Sonntag, 19. Januar, nachmittags 4 Uhr, spricht Genosse Reg. Rat Weichmann im Saale der „Stadt Karlsruhe“ über die Konventionen in Washington, Genes und Genes. Anschließend gemütliches Beisammensein. Die Mühlburger Arbeitergenossenschaft werden dabei mitwirken. Genossinnen und Genossen, sorgt für guten Besuch; alle Freunde der Arbeiterfrage sind willkommen.

Bezirk Daxlanden. Samstag, 25. Januar, abends 7 1/2 Uhr. Versammlung im „Karlsruher Hof“. Das Erscheinen aller Parteigenossen ist dringend erwünscht.

Trostlose Lage in der Karlsruher Gemüse- und Eierversorgung

Von der städtischen Preisprüfstelle wird geschrieben: Am 17. und 18. d. M. 1922 verlangte die Bevölkerung des städtischen Marktes mit Ost und Gemüse aus der Umgebung gänzlich; insbesondere fehlten die Karstoffeln. Das aus Norddeutschland eingeführte Rot- und Weißkraut ist für die Menge der Verbraucher zu teuer. Dänisches Weißkraut kostete 2,70 M., solches deutsches 3 M., das Pfund, Seefische kosteten 13 M. Während das Fleisch auf dem Wochenmarkt durchschnittlich um 2 M. billiger angeboten wurde als in den Läden, zogen die Preise für Wurstwaren merklich an; ebenso die Preise für Fett und Butter. Folgte in der vorletzten Woche die Butter noch 30-40 M. das Pfund, so stieg sie in der vergangenen auf 38-42 M. Das Angebot an Eiern vermehrte sich auf dem Markte wie in den Läden die Nachfrage nicht im engeren Maße. Ein hiesiges Eiergeschäft konnte 7000 Stück frische Eier einführen, die im Vergleich mit den anderen Eiern um 10% billiger waren. Die Umwertung des deutschen Geldes sowie die ungünstige Steigerung der Preiskurse machen heute die ausländische Einfuhr fast unmöglich. Von der Vertretung des Großhandels wurde erklärt, daß ein einziger Eisenbahnwagen oberitalienisches Gemüse allein 5000 M. Fracht koste, was die Waren derart verteuert, daß bei der mangelnden Kaufkraft der Verbraucher der Absatz in Frage gestellt sei und der Handel das Risiko nicht auf sich nehmen kann. Auch die Zufuhr aus den entfernteren Gegenden Deutschlands gestalte sich infolge der steigenden Frachtkosten immer schwieriger, und mehr und mehr sei die Versorgung der Städte mit Gemüse in der Hauptsache auf die Erzeugung des nächsten Umlandes angewiesen. Von allen Seiten wurde betont, daß bei Fortdauer der gegenwärtigen Verhältnisse die Gemüseversorgung der Großstädte nur durch Anläufe von Rieselfeldern und Förderung des Gemüsebaues, sei es im Einzel- oder Genossenschaftsbetriebe und durch gemeinsamen Zusammenwirken von Stadt und Land gesichert werden könne.

Für die Erwerbslosen

Bekanntlich ist durch Reichstagsbeschluss Karlsruhe von Klasse B in Klasse A überführt worden. Die Beamten des Reiches, der Einzelstaaten und Gemeinden erhalten resp. erhalten die hierdurch entstehenden höheren Ortszulagen ab 1. April 1920 nachbezahlt. Man hätte nun annehmen dürfen, daß sofort nach diesem Beschluss der Arbeitlosen die Erwerbslosenunterstützung nach der Ortsklasse A ausbezahlt worden wäre. Dies war nicht der Fall.

Das Gewerkschaftsamt Karlsruhe hat nun an das Arbeitsministerium den Antrag gestellt, nun endlich den Erwerbslosen die Höhe nach Ortsklasse A zu gewähren. An demselben Tage, als der Antrag an das Arbeitsministerium gestellt wurde, kam nun die Nachricht, daß das Reichsarbeitsministerium angeordnet habe, daß die Höhe der Ortsklasse A für Karlsruhe mit Wirkung vom 15. Januar ab in Kraft zu treten hätten. Die neuen Unterstützungssätze sind folgende:

- 1. für männliche Personen: a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben, 15 M., b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben, 12,50 M., c) unter 21 Jahren 8,50 M., 2. für weibliche Personen: a) über 21 Jahre, sofern sie nicht in dem Haushalt eines anderen leben, 12,50 M., b) über 21 Jahre, sofern sie in dem Haushalt eines anderen leben, 8,50 M., c) unter 21 Jahren 7 M.

Die Familienaufschläge, die ein Gewerkschaftler erhält, dürfen insgesamt das Zweifache der ihm gewährten Unterstützung, im einzelnen folgende Höhe nicht übersteigen: für a) den Ehegatten 7 M., b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 6 M., Höchstgrenze der Gesamtunterstützung für einen verheirateten Erwerbslosen ist 45 M.

Die Unterstützungssätze sind Anfang Dezember neu festgesetzt worden und gelten nach den in den letzten 4 Wochen festgestellten Wertungen aller Lebens- und Bedarfsartikel keineswegs mehr. Was kann ein einzelner Mann unter den heutigen Verhältnissen mit 15 M. pro Tag anfangen, oder ein Familienvater mit 4 und noch mehr Kindern mit 45 M.? Mit diesen Sätzen können die Erwerbslosen und ihre Familien sich auch nicht notwendig über Wasser halten. Das Gewerkschaftsamt hat deshalb weiterhin an das Arbeitsministerium den Antrag gestellt, es möge beim Reichsarbeitsministerium beantragen, daß die Höhe um 50 Prozent erhöht werden. Wir hoffen, daß unsere Genossen im Landtag die Initiative ergreifen, und die Regierung auf unsere Anträge zugunsten.

Weiterhin hat das Gewerkschaftsamt beim Arbeitsministerium beantragt, daß die Verfügung des Reichsarbeitsministeriums vom 17. Dezember der ist, worin die Arbeitsämter und die Erwerbslosenfürsorgestellen aufgefordert werden, allen Arbeitlosen, die keine Angehörigen zu unterstützen haben und welchen die Verlängerung der Unterstützungsdauer über die 28. Woche hinaus nach § 89 a Abs. 1 der Reichsverordnung vom

1. November 1921 bewilligt worden war, mit sofortiger Wirkung zurückgenommen wird, wieder aufgehoben wird.

Nach dieser Verfügung wird dem alleinlebenden Arbeitlosen, welcher das Unglück gehabt hat, im letzten Jahre zusammen gerechnet 28 Wochen Erwerbslosenunterstützung bezogen zu haben, jede weitere Unterstützung verweigert. Man will die Frage der Verleugnung der Unterstützung nicht einmal individuell prüfen, sondern die Weiterverweigerung ist allgemein unterlag. Diese Opfer der Arbeit sollen dem Fürsorgeamt überwiesen werden. Gegen diese Ausnahmehandlung der alleinlebenden Arbeitlosen muß schriftlicher Protest eingelegt werden. Die Reichsregierung sichert jedem Deutschen, welchen keine Arbeit zugewiesen werden kann, eine Unterstützung zu, wozu er leben kann. Koffentlich wird diese Verfügung bald wieder aufgehoben.

Zu den Lohnunterschieden bei der Firma Zinner u. Co. in Grünwinkel

Man schreibt uns: Die Arbeiterschaft der Firma Zinner u. Co. in Karlsruhe-Grünwinkel stellte bei ihrem Arbeitgeber am 3. Dezember 1921 den Antrag auf weitere Lohnerhöhung für den Monat Dezember. Die Firma lehnte diesen Antrag ab mit der Begründung, daß derselbe 8 Tage zu spät gestellt worden sei und während dieser Zeit die Baluta sich außerordentlich gehoben hat. Dementprechend seien auch die Preise der Rohmaterialien zurückgegangen. Die Arbeiterschaft der Firma hat aber von diesem Preisrückgang nichts gemerkt und wandte sich deshalb mit ihrem Antrag an den Schlichtungsausschuß Karlsruhe, über diese Lohnfrage zu entscheiden. Der Termin zur Verhandlung wurde dem Schlichtungsausschuß auf den 22. Dezember 1921 festgesetzt und der Schlichtungsbescheid zu Gunsten der Arbeitnehmer gefällt. Auch dieses Schlichtungsbescheid lehnte die Firma ab. Die in Betracht kommenden Organisationen beantragten am 3. Januar 1922 beim Landeskommissar den gefällten Schlichtungsbescheid für verbindlich erklären zu lassen. Es sind nun drei volle Wochen verstrichen und es ist noch kein Termin bestimmt, an dem diese Streitfrage erledigt werden soll. Die Gehälter der Arbeiterschaft hat auch ihre Grenzen und wir sind der Auffassung, wenn eine Lohnforderung für einen Monat gestellt wird, wir nicht mehrere Wochen warten können, bis die höheren Löhne in die Taschen zur Erledigung bringen. Wenn diese Löhne, wie wir annehmen, mit Arbeit überläßt sind, muß darauf hingewirkt werden, daß sobald wie möglich Abhilfe geschaffen wird. Wenn aber die Arbeitsüberlastung nicht vorhanden ist, so können auch mit etwas Nachdruck die Lohnstreikaktionen in den oberen Instanzen etwas schneller durchgeführt werden, als wie es bisher der Fall war.

Unser Berichterstatter, Hl. meldet: Die kürzlich von ihr verbreitete Mitteilung, daß mit der Hand oder Maschine geschriebene Briefe für Zeitungen als Druckfaden verwendet werden können, hat sich als unrichtig herausgestellt. Von postamtlicher Seite werden wir darauf hingewiesen, daß Manuskripte in Urchrift nur als Geschäftspapier oder gewöhnliche Briefe verwendet werden können. Nur Kurrentschriften mit oder ohne Manuskript dürfen als Druckfaden verwendet werden.

Die kaisertreuen Stammtischler. Man schreibt uns: Am Dienstag, 24. Januar, wurde der so schnell verlebte Reichstagsbeschluss der Schlichtungs-Kommission, Herr Emil B. a. r. i. s. zu Grabe getragen. Arbeiter und Beamte folgten in großer Zahl dem Stab demontieren hat sich zum Feiern zum Eisenbahngewerkschaft emporgeschrieben und noch gleiches Ansehen bei Vorgesetzten wie bei Arbeitern. Am Grabe wurden von verschiedenen Korporationen Kränze niedergelegt, so u. a. vom Deutschen Eisenbahnerverband und zuletzt von der Stammtischler-Gesellschaft „Kartenslaube“. Diese Gesellschaft konnte es sich nicht vertragen, einen Kranz mit aufdringlicher schwarz-weiß-roter Seife niederzulegen. Doch dies im Sinne des Verstorbenen war, möchten wir, die wir den Verstorbenen doch sehr gut kannten, füglich bezweifeln, denn er war ein aufrichtiger Republikaner.

Aus der Praxis des Wohnungsamtes. Die Mieter- und Untermieter-Vereinigung schreibt uns: Wie das Wohnungsamt Karlsruhe für die Beschaffung neuer und die Erhaltung des vorhandenen Wohnungsraumes sorgt, dafür nur einmal ein Beispiel von vielen. Auf dem Nordendplatz hat eine Firma den zweiten und dritten Stock geräumt, es sind zwei Siebenzimmerwohnungen, aus welchen mit Leichtigkeit 2 Dreizimmer- und 2 Vierzimmerwohnungen hätten gemacht werden können. 4 Familien wären in jenen Wohnungen untergebracht gewesen. Wer nun glaubt, das Wohnungsamt hätte hier einmal ausgegriffen, wie es der Wohnungsnot entspreche, der irrt sich. Die Wohnung im dritten Stock wurde an eine auswärtige Firma zu Büro- und Lagerzwecken vermietet und im zweiten Stock ist die Wohnung ebenfalls zu Büro- und Lagerzwecken, jedoch heute noch leer. Beide Wohnungen an auswärtige Firmen. Ob nun die Firmen eine so hohe Summe bei der Stadt benannt haben, um diesen Wohnraum durch Neubauten ersetzen zu können, das bezweifeln wir sehr stark auf Grund unserer Erfahrungen. Haben diese Firmen aber wirklich einen Teilertrag geleistet, dann kann es vorkommen, daß in die erzielten Wohnungen Direktoren oder sonstige Angestellte dieser Firmen von auswärts einziehen und die hiesigen Steuerzahler und Wohnungsuchenden haben das Nachsehen. Aber eines ist sicher. Der Hausbesitzer streift ein schönes Stümchen höhere Miete ein und die Wohnungsverwaltung im Wohnungsamt ist an Mißtrauen gebracht. Und man konnte bereits annehmen, daß verschiedene im hiesigen Wohnungsamt mögliche Herren nach dieser Richtung ihre Tätigkeit einrichten.

Warum geht das Bauen im Wehrödergebiet nicht vorwärts? Wir werden um Aufnahme folgender Zuschrift ersucht: „Schon einmal wurde im „Volkstfreund“ über das unterirdische Verhalten der Stadterhaltung bezüglich des Bauens des Wehrödergebietes Frage gestellt. Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob spekulative Kreise versuchen, auf die Stadterhaltung einen Einfluß auszuüben, denn sonst müßte die Sache doch schon längst erledigt sein. Schon seit Oktober liegen Baugesuche in großer Zahl auf dem Rathaus, ohne daß bis jetzt die Geschäftler einen Bescheid erhalten. Während diese Gesuche wie sonst erledigt worden, so hätten bis längstens Juni 30-40 Wohnungen erstellt werden können. Aber nicht nur, daß die Wohnungsnot durch das langsame Verfahren jetzt nicht gemildert worden ist, sondern auch Staat und Stadt werden durch diese Verzögerung um Hunderttausende von Mark gebracht, da das Bauen ja immer teurer wird. Ganz empfindlich sind natürlich auch die Bauwilligen selbst geschädigt, indem sie für das Bauen mehr bezahlen müssen wie bisher. Großen Unmut hat die Verzögerung bei den Bauwilligen, die alle keine

vermögenden Leute sind, verursacht. Sie können auch ferner nicht verstehen, daß sie nur 75 Prozent der Uebersteuerung bekommen, weil sie an unfertige Straßen bauen. Das ganze Vorgehen der betreffenden städtischen Stellen bedeutet kein Ruhmesblatt für dieselben.“

Veranstaltungen

Die hiesigen Konzertveranstaltungen in der Festhalle bringen für nächsten Sonntag abend ein künstlerisch höchstwertvolles heiteres Konzert mit Tänzen. Das Programm lautet: „Alte deutsche heitere Spiele und Tänze und enthält vor allen Dingen 2 lustige Fastnachtsstücke des alten Hans Sachs, betitelt: „Das Räuberbrüten“ und „Das heisse Eisen“. Recht tolle Einfälle bilden das Sujet der kurzen dramatischen Handlungen, dargestellt von Mitgliedern des Bad. Landestheaters. Außerdem bringt Frau Marie Genter heitere Gesänge zum Vortrag, und im übrigen hat Meister Rudolph vom Harmonieorchester aus der Schalkammer Adolf Boettiges Landestheatermännchen, Konfaren und andere heitere Musikstücke ausgearbeitet, die dem Abend eine besondere Note verleihen. Ballmeisterin Johann Bourgeois mit Kinder Tanzschule bringt abwechslungsreiche Aufführungen. Kartenverkauf: Stadtkarlsruher, Verkehrsverein und Kiosk am Hotel Germania.

Die Karnevalsgesellschaft des Gesangsvereins „Babaria“ veranstaltet am kommenden Sonntag nachmittags 3 Uhr im großen Saal der Festhalle eine der bekanntesten Damen- und Fremdenfeste, bei welcher hervorragende Künstler und erste Bühnendamen mitwirken werden. Den musikalischen Teil hat die Schottkapelle übernommen. Siehe auch Anzeige im heutigen Blatt und die Plakate.

Unfall. Infolge Glätte fuhr am 21. I. Mts. auf dem Gehweg der Heiligenstraße die Ehefrau eines Kaufmanns von hier zu Boden und erlitt einen doppelseitigen Knöchelbruch. Die Frau fand Aufnahme im Diakonissenhaus.

Baluta-Bericht vom 25. Januar

Die Mark notierte heute in der Schweiz ca. 246. Auszahlung Holland notierte etwa 74 M. per hfl. Auszahlung Schweiz notierte etwa 39,64 M. per schw. Fr. Auszahlung England notierte etwa 863 M. per Pfd. Sterl. Auszahlung Frankreich notierte etwa 16,73 M. per frz. Fr. Auszahlung Neuhort notierte etwa 203 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 26. Januar

Voraussehbare Witterung: Meist trübe und einzelne weitere Schneefälle, sowie Fortdauer des Frostes bei östl. Winden.

Wasserstand des Rheins

Schifferinsel 80, gef. 1 Btm. Neßl 182, gef. 5 Btm. Nagau 355, gef. 12 Btm. Mannheim 226, gef. 9 Btm.

Rechte Nachrichten

Von der U.S.P.-Presse

Stuttgart, 26. Jan. Der „Sozialist“, das Organ der U.S.P. Württembergs, hat sein Erscheinen eingestellt. Die Unabhängigen sind nunmehr ohne ein offizielles Parteiorgan.

Schwierigkeiten in Oesterreich

Wien, 25. Jan. Heute fand eine Versammlung von Bundesangehörigen wegen Erhöhung der monatlichen Beiträge statt, nach der eine Anzahl Teilnehmer vor dem Parlament demontrieren. Eine Abordnung erschien beim Bundeskanzler Schöber, um ihm die Forderungen mitzuteilen. Die Bundeskanzler versprach, nach einer Abordnung der Beamtenorganisationen zu empfangen. Eine Entscheidung wurde aber aus den Gründen Schwierigkeiten, weil der Tag mit schwerwiegenden Verhandlungen ausgefüllt sein werde, und bei der gegenwärtigen parlamentarischen Lage mit dem Ministerrat der Regierung gerechnet werden müsse.

Schriftleitung Georg Schöfflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Leberlicht und Rechte Nachrichten Hermann Adel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Heiligkeit Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliche, Sozialer Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Freund und Feind, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigen- und Verkauf Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Briefkasten der Redaktion.

D. Sch., Rintheim. Die Versammlungsbekanntgabe gehört in den Inseratenteil, im redaktionellen Teil kann sie keine Aufnahme finden.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten. Karl Friedmann von Zell, Postkassier hier, mit Barbara Hofacker von Singheim. Wilhelm Wühlung von Mannheim, Gerichtsbeforscher hier, mit Wilhelmine Anna Semera von hier. Hermann Kiehl von Zumbach, Schreiner hier, mit Martha Kneip von Heidelberg.

Verheiratete. Hermann Wils, Vater Hermann, Schmid, Jollhoffen. Kurt Heinz, Vater Emil, Wäcker. Paul Karl, Vater W. Lefer, Württemberg. Charlotte Kofe, Vater Adolf, Wils, Württemberg. Edwin, Vater Edwin, Württemberg. Kaufmann. Reginald Eberhard, Vater Adolph, Kaufmann. Kaufmann. Marie Karoline, Vater Gustav, Roblin, Viehhändler. Gertrud Margot, Vater Alfred, Württemberg, Kaufmann.

Todesfälle. Johanna Hüllgraf, alt 43 Jahre, Ehefrau von Ewald Hüllgraf, Kaufmann. Johann Dinger, Wirtsch.-Arb., Württemberg, alt 72 Jahre. Anna Ott, alt 49 Jahre, Ehefrau von Wils. Ott, Württemberg. Jakob Sadmaier, Metzger, Württemberg, alt 66 Jahre.

Wir zu 4 Heilen Vereinsangeiger Weiß und mehr Heilen Nr. 2. — die Zeile Vereinsangeiger Nr. 200 die Zeile. — (Berichtungsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme.) Karlsruhe. (Freie Turnererschaft e. B. Adlig. Ost.) Freitag abend 9 Uhr findet im Lokal zum Georg Friedrich eine wirtsch. Versammlung statt. 2367 Der Vorstand. Karlsruhe. (Freie Turnererschaft e. B. Adlig. Süd- und Oststadt.) Samstag, 28. Jan., abends 7 1/2 Uhr. Zusammenkunft bei Mitglied Volk zum „Nischen Grund“, Winterstr. 87. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten. 2365 Die Leitung.

MAGGI'S Suppen
sind in den guten alten Sorten Erbs, Reis, Ochsenfleisch, Erbs mit Speck, Reis-Julienne, Grünkern, Pilz, Kartoffeln usw. wieder überall zu haben. — Sie schmecken vorzüglich! —
Man achte auf den Namen MAGGI und die gelbrote Packung.

